

Berliner Tageblatt

Nr. 337 • Ausgabe B Nr. 167
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 332

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Keine Beteiligung Englands und Italiens an dem Schritte Frankreichs.

Frankreich protestiert allein.

Die Vorkämpfer der Alliierten.

Wie wir von befreundeter Seite, der Regierung nahestehender Seite erfahren, ist von Seiten des italienischen Vorkämpfers in Berlin **schon Schritt zur Unterstüßung** der von Frankreich, in seiner letzten an Deutschland gerichteten Note erhobenen Forderung erfolgt. Wie erinnerlich, hatten diese Forderungen folgenden Inhalt:

1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstbehauptung und die Freiheit der Oberösterreich zu entwerfen, auszuüben und von der Grenze Oberösterreichs zu entfernen.
 2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrags in Oberösterreich keinen Widerstand finden.
 3. Deutschland hat alle Maßnahmen zu treffen für die schnelle Wiederherstellung von Verbindungen, welche eventuell zwischen Wien und dem englischen Vorkämpfer in Berlin **schon dem Protest seines französischen Kollegen im Hinblick auf die oberösterreichische Frage nicht angehängt** hat.
- Das Reichskabinett ist heute um die Möglichkeit zu einer Einigung zusammengetreten, in der die oberösterreichische Frage wiederum zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht wurde.

Nach den Meinungen, die aus London bereits vorliegen, war zu erwarten, daß England die mit der Briand'schen Note verfolgte Politik, die sich ja nicht nur indirekt, sondern ganz direkt auch gegen die englische Regierung und gegen die Stellung des englischen Militärs in Oberösterreich richtet, nicht mitmachen würde. Daß Italien sich der Haltung Englands anschließt, ist bemerkenswert. Natürlich würde keinerlei Zustimmung zu dem französischen Vorgehen darin gesehen werden dürfen, wenn etwa eine Fühlungnahme in konstanter Form zur Feststellung der Tatsachen stattgefunden haben sollte.

Englands Antwort an Frankreich.

Keine englischen Verfügungen über Oberösterreich.

Das „Petit Journal“ meldet, die englische Antwort sei **nachdem es getroffen**. England hält die Forderungen für unzulässig und besteht an seiner ursprünglichen Entscheidung der oberösterreichischen Frage.

Der diplomatische Korrespondent des „Agence Telegraphique“ meint mit dem Auswärtigen Amt vor und wurde von Lord Curzon empfangen, der ihm gegenüber erneut den dringenden Wunsch der britischen Regierung nach einem baldigen Zusammentritt des Obersten Rates zum Ausdruck brachte. Die Ausichten hierfür sind indessen nach wie vor nicht groß, und zwar nicht deshalb, weil die französische Regierung abgeneigt ist, die Orientfrage zu erörtern, sondern deshalb, weil Frankreich entschlossen ist, seine Sicherheit nicht durch eine vorzeitige Aufhebung der Zwangsmaßnahmen oder durch die Ueberweisung des oberösterreichischen „Kriegsgerichts“ an Deutschland zu gefährden. Ferner wird von französischer Seite betont, daß die Großbritannien und die Vereinigten Staaten bisher den Garantievertrag für Frankreich nicht ratifiziert haben, Frankreich auf eigene Hand Garantien gegen die Möglichkeit eines neuen deutschen Angriffes (H)uchen müsse.

In britischen Kreisen wird bemerkt, daß Frankreichs neue oberösterreichische Politik in der Richtung auf ein unabhängiges Auftreten sich entwickelt. Briand hat zwar England und Italien ermahnt, mehr Truppen nach Oberösterreich zu entsenden, aber zu gleichzeit hat er den Entschluß der französischen Regierung nicht bezeugt, auf jeden Fall Truppen zu entsenden, welche Aufstellung auch immer in London oder Rom betreffs der Angelegenheit beschließen sollte.

Der Korrespondent schließt mit der Bemerkung, daß auch die Frage von Zanger den Gegenstand informeller Besprechungen zwischen London und Paris bilden. In gewissen französischen diplomatischen und politischen Kreisen werden mehr Nachdruck auf die tatsächliche Erwerbung der Entlastung von Zanger durch Frankreich als auf der Behauptung gelegt.

Die Engländer haben jetzt insgesamt die Kreise Brüssel, Tarnow, Lublin, Kolnberg und Kiewburg besetzt. Ihre Masse steht jedoch im Kreise Brüssel, und zwar mit

einer Brigade unter dem Kommando des Obersten Bouché. Die andere Brigade liegt im Norden des Anklamgebietes an der deutschen Grenze. Das Oberkommando der englischen Besatzungstruppen unter General Henniker wurde von Groß-Britannien nach Brüssel verlegt. Die Demagungen der Engländer, auch die Stadt Ratowitz zur Besetzung angeleitet zu erhalten, sind bisher an dem Widerstande der Franzosen gescheitert, die aus Rücksicht, das bekanntlich der Hauptstützpunkt der nach Kiewspolen führenden Bahnen ist, nicht herauswollen.

Bonomi und Oberösterreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Der „Bacon“ bedeutet das Bonomi seit Italien's Erklärungen über Oberösterreich abgeh. Gerade hier seien die italienischen Interessen derartig engagiert, daß Italien bestimmte Richtlinien im Interesse der Gerechtigkeit wie Italiens selbst verfolgen müsse. Giolitti und Forza schiederten in der Oberösterreichfrage der für Italien und ganz Europa verhängnisvollen französischen Politik, welche Deutschland ruinieren würde. Hoffentlich werden Bonomi und Forza auf der nächsten Konferenz Englands Standpunkt unterstützen. Italiens Haltung werde ausschlaggebend sein.

Die Politik Curzons.

Scharfe Polemik und „Fühlungnahme“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die deutschen Äußerungen der englischen Presse über die weitere Beschickung der Logen des Obersten Rates und die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Feststellung der neuen Grenze in Oberösterreich an Ort und Stelle nehmen an Schärfe zu. Daily Telegraph weist darauf hin, daß der Plan, eine erneute Unternehmung über das Anklamgebiet in Oberösterreich aufzuführen zu lassen, durchaus nicht englische Äußerungen zu lassen, durchaus nicht englische Äußerungen zu lassen, sondern früher der Verschleppungspolitik Frankreichs gehorcht habe. Nichtsdestoweniger stude man immer noch den Kontakt mit Frankreich in der Behandlung der oberösterreichischen Angelegenheit nicht zu verlieren. So teilt „Morning Post“ mit, daß der britische Kommissar in Oberösterreich von seiner Regierung beauftragt worden habe, sofort und gründlich zu unteruchen, ob die französische Besatzungsbildung, die General Böser nur scheinbar den Selbstschutz aufweist und zurückgegeben habe, zu Recht bestehe oder nicht. In offiziellen englischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß nicht nur die oberösterreichische Angelegenheit die Ursache der Verschleppung der Konferenz des Obersten Rates sei, es wird oft die Meinung ausgesprochen, daß Briand nicht wünschenswert ist, daß England über die Politik in Oberösterreich zu unterhalten. Diese Ansicht wird bekräftigt durch die ausweichende Antwort, die Frankreich auf die Frage Englands über das Ergebnis der Konferenz mit dem Vize-Sami bei erwidert hat. Die Empfindlichkeit darüber, daß Frankreich England über seine Verhandlungen nicht auf dem laufenden gehalten hat, ist unverständlich. Zu fragen hat man den Eindruck, daß Lord Curzon nicht wünschenswert ist, daß England über die Politik in Oberösterreich zu unterhalten. Diese Ansicht wird bekräftigt durch die ausweichende Antwort, die Frankreich auf die Frage Englands über das Ergebnis der Konferenz mit dem Vize-Sami bei erwidert hat. Die Empfindlichkeit darüber, daß Frankreich England über seine Verhandlungen nicht auf dem laufenden gehalten hat, ist unverständlich. Zu fragen hat man den Eindruck, daß Lord Curzon nicht wünschenswert ist, daß England über die Politik in Oberösterreich zu unterhalten.

Zu dem falschen Gerücht über Rücktrittsabsichten des Kabinetts Wirth.

Eine englische Stimme.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt zu dem falschen Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Wirth, ein solches Ereignis würde von den alliierten Regierungen nicht als vorzeitlich angesehen werden. Briand selber habe anerkannt, daß Dr. Wirth sein Bestes getan habe, die Verpflichtungen des Friedensvertrages auszuführen. Als Nachfolger der Regierung Wirths wäre ein Kabinett der Rechten höchst wahrscheinlich. Ein solches würde für London und Paris sehr viel weniger angenehm sein. Da indessen die oberösterreichische Frage noch nicht entschieden sei, hoffe man, daß ein solcher Kabinettswechsel vermieden werden würde. Möglicherweise sei die Rücktrittsandrohung nur auf den Wunsch zurückzuführen, eine baldige und endgültige Regelung der oberösterreichischen Frage herbeizuführen.

Das Rücktrittsgerücht ist heute früh bereits demontiert worden. Aber es ist völlig klar und braucht nicht erst näher bewiesen zu werden, daß eine Entschickung des Obersten Rates, die einen erheblichen Teil des oberösterreichischen Anklamkrieggebietes an Wien ausliefern würde und auch nur irgendwie sich den berüchtigten Forza-Linien annäherte, die Situation des Kabinetts Wirth aus äußerer Erwiderung und wahrscheinlich sehr bald zu einer Regierungskrise führen würde. Es liegt in der Hand des Obersten Rates, das zu vermeiden, wenn er es vermeiden will. Indem man das auspricht, vollführt man nicht ein Mandat um die Alliierten für eine günstige Entscheidung zu gewinnen, sondern man konstatiert nur eine Tatsache, die jeder ruhige Beobachter selbst erkennen kann.

Kleine Anzeigen.

Die abgefasste Revue. — Der Kampf gegen Lloyd George. — Ein franzose im Rheinland.

Von unserem Korrespondenten

Paul Bloch.

Paris, im Juli.

Einige Meinigkeiten aus den Zeitungen, die durch den Telegrammendruck nicht übermittelt werden konnten. Sie wollen aber doch notiert werden, als Beleg für die Zukunft. Da ist zunächst einmal die abgefasste Revue, über die J. Paul-Boncour in der „Revue Nouvelle“ sehr fegeartige Bemerkungen äußert. Er glaubt, daß es Zeit ist, die militärische Verherrlichung des 14. Juli abzuschaffen, und nicht bloß deshalb, weil die Jubiläen den Soldaten gefährlich sind. Das militärische Schauspiel mit seinem hübschen Prunk und dem berühmten Kavallerieangriff als Schlüsselfest ist nicht mehr angebracht in einer Zeit, die nach dem furchtbaren Kriege der Verdrängung der Völker dienen will. Wenigstens dienen soll; über den Willen scheint Paul-Boncour noch etwas skeptisch zu denken. Wenn endlich mit diesem Paradeaufmarsch ein Ende gemacht werden sollte; dann müßte sich wirklich in Frankreich noch einiges ändern. Die Revue von Songham war bisher eine einseitige Exaltation, an der kein Staatschef zu rütteln wagte. Der militärische Pomp macht jeder schaulustigen Menge Freude; die Berliner sind mit der gleichen Begeisterung zum Tempelhofer Feld gezogen, wie die Pariser nach dem Bois de Boulogne. Aber bei den Pariser Revuen war bis zum Kriege immer noch ein wenig Revandestimmung mit dabei, ein Bewußtsein zur Ueberlieferung soldatlichen Heldentums, das nach dem verlorenen Kriege von 1870 von deutlicher hervortrat. Jetzt ist Frankreich siegreich geliebten und wenigstens Paul-Boncour meint, es ist Zeit, die Vorliebe für soldatische Spielereien dem Volke allmählich abzugewöhnen. Wenn das geschehen könnte, wenn die französische Republik die glorreiche Beispief gäbe; dann würde das Volk noch einmal lauter, nicht auf den Trümmern der Reize, sondern auf den Ruinen des Militarismus. Wir wollen es abwarten. Es ist noch nicht lange her, daß Briand in der Kammer den Abgeordneten Paul-Boncour einen schwärmerischen Idealisten genannt hat. Inzwischen wurde noch eine andere Version für den Grund zur Absage verbreitet und, das ist selbstverständlich, dementiert: die Regierung habe antiklerikale Gesetze erlassen, die besagen, wenn sie jetzt, in den Zeiten politischer Erregungen, eine Erklärung über die Truppenmacht Frankreichs veranlassen wolle. Diese Meldung brachte eine Sensation, die dafür von den sozialistischen Blättern begeistert gitiert, von der übrigen Presse aber noch befehrter verhöhnt wurde. Es dürfte auch nicht ganz stimmen. Die Hitze der letzten Woche war so maßlos, daß bei der Revue in der Tat Gefahren für die Mannschaften befürchtet werden konnten, und nicht wegen der Revue, wohl aber wegen der Hitze hätte dann eine antimilitärische Propaganda eingeleitet, die dem Kriegsminister Herrn Barthou, der ohnehin täglich in „Humanité“ und „Populaire“ angegriffen wird, sehr unangenehm werden konnte. Daß der Soldat im Kriege sterben muß, um das Vaterland zu schützen, das ist kein Verbrechen; wenn er aber mitten im Frieden liegen bleibt, um einer neugierigen Menge ein paar Stunden stillen Abwechslung zu verschaffen, könnte das französische Volk das immer noch vorhanden ist, so wenig die Politiker auf seine Stimmungen Rücksicht nehmen — doch einmal die Langmuß verlieren. Für solche Ueberlegungen hat Briand eine gute Witterung. Deshalb gab es diesmal statt der Truppenparade am Morgen drei Märsche vertriebener Läger.

Lloyd George wird seit seiner Rede über Polen im Interchange von der französischen Presse mit noch größerer Heftigkeit angegriffen. Nur einige Zeitungen, die der Regierung nahe stehen, mahnen zum wenigsten die Höflichkeit des Tones; spitzige Andeutungen und boshafte Interstellungen fehlen aber auch in ihnen nicht. Der schärfste Kritiker des großen Verbündeten ist aber Herr Eugène Lautier, der im „Journal Libre“ alle englische Freundschaft, aus dementsprechend Zeit übrig gelassenen Ueberlegungen verweigert. Es ist gar nicht wiederzugeben, was dieser sonst so höfliche Herr dem englischen Premierminister nachsagt. Daß Lloyd George Frankreich veraten hat, ist nach das wenigste; diese Mittelst wird sogar Herr Briand von der „Action Française“ täglich vorgeworfen. Aber Lautier schreibt von Lloyd George auch, daß er kein Gentleman sei, daß er nur ein Geschäftsführer sei, den der Zufall in die Diplomatie hineingebracht habe (un gros tripot, égaré dans la haute diplomatie). Mit Wohlgefallen stellt der französische Publizist fest, daß der Leiter der englischen Politik nunmehr auch von den „Times“ angegriffen wird. Verlassen von den Dominions, die ihm nicht in seiner Politik gegen Amerika Gehör geben, verlassen wollen, verlassen von Japan, das er veraten wollte, wie er uns veraten hat, verlassen von allem, was ernst und anständig in England öffentliche Meinung ist und die Interessen des Vaterlandes nicht mehr mit den Trias dieses Rummelblätterspielers berechnen. „L'opinion britannique se lasse de voir contondre la patrie avec ce joueur de Golf.“ Man muß es schon nicht befehren, sonst gilt der deutsche Bericht als übertrieben. Herr Lautier behauptet, daß Lloyd George in Frankreich verhaftet ist, als es jemals Bismarck oder gar Wilhelm II. war. Wenn diesen Mann nun auch sein Vaterland verläßt, dann bleibt ihm nichts als die Dankbarkeit Deutschlands, mit dem er sich durch seinen Spießgesellen Lord Robertson verhandelt hat.